

GÖTTINGER BLÄTTER

07/08.2014

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Nach der OB-Wahl – Chancen der Göttinger Linken

Die Oberbürgermeister- und Europawahlen sind gelaufen. Immerhin gelang es der Göttinger Linken mit ihrem Kandidaten Eckhard Fascher ein Ergebnis von 6,44% zu erreichen. Das entspricht

rund 3.000 Wählerinnen und Wählern. Das sind mehr absolute Stimmen als bei der Kommunalwahl 2006 und fast eine Verdoppelung gegenüber der OB-Wahl 2006.

Kommunalwahlergebnisse Stadt Göttingen

Partei/ WG	OB 2014	OB 2006	KW 2011	KW 2006
GÖLinke %	6,4	3,9	6,2	6,8
SPD %	38,7	41,3	32,4	34,8
CDU %	29,7	25,8	26,2	28,2
Grüne %	21,8	19,9	27,9	20,8
FDP %	n.a.	7,7	3,3	8,8
Piraten %	3,4	n.a.	3,7	n.a.
Wahlbeteiligung %	50,1	41,8	42,6	41,8
GÖLinke Wähler_innen	3002	1524	2359	2541

Während des OB-Wahlkampfes war spürbar, dass die langjährige gute und kontinuierliche linke Kommunalpolitik in Göttingen zu diesen Ergebnissen geführt hat. Verschiedene, sehr unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen fühlen sich mittlerweile von den Linken angesprochen.

Dass durchaus noch Potential für die Göttinger Linke nach oben ist, zeigen auch die Europa- und Bundestagswahlergebnisse für die Partei DIE LINKE, deren Entwicklung insgesamt positiver ist als auf Bundes- oder Landesebene.

Vergleich Europa- und Bundestagswahl Stadt Göttingen

Partei/ WG	Euro 2014	Euro 2009	BTW 2013	BTW 2009
DIE LINKE %	7,7	6,5	8,4	10,0
SPD %	33,0	26,1	31,8	27,7
CDU %	24,4	26,1	29,2	23,1
Grüne %	21,1	25,8	18,3	21,6
FDP %	2,9	9,5	3,3	12,5
Piraten %	2,2	1,7	2,6	3,2
AfD %	4,4	n.a.	3,5	n.a.
Wahlbeteiligung %	52,3	43,0	74,3	73,7
LINKE Wähler_innen	3608	2502	5544	6587

Diese gute Stimmung hängt allerdings auch davon ab, inwieweit die Linke ein seriöses Erscheinungsbild zeigt. Wird weiter konstruktiv gearbeitet und Konflikte sachlich gelöst, dann dürfte das

(kommunalpolitische) Gewicht der Linken noch zunehmen und eine Steigerung bei der Kommunalwahl in zwei Jahren möglich sein.

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Nach der OB-Wahl	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
GöLinke	8
DIE LINKE. Niedersachsen	9
DIE LINKE. im Kreistag	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Unsere Oligarchen	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 09.2014
ist der 15. August.
Auslieferung am 21. August.

Wie sieht es bei den Anderen aus?

Die SPD hat sich mit Rolf-Georg Köhler als wichtigste politische Kraft in Göttingen behauptet und bildet mit geschwächten Grünen eine Mehrheit, die Schwarz-Grün fehlen würde.

Das vergleichsweise stabile CDU-Wählerpotential ist kleiner als das der SPD. Stimmenzuwächse bei der OB-Wahl liegen primär am Nichtantritt der FDP.

Diese liegt jetzt mit etwa 3% knapp unterhalb eines zweiten Sitzes im Stadtrat, also der Fraktionsstärke. Sie wird in Stadt und Kreistag kaum noch als eigenständige Kraft wahr genommen.

Ähnlich geht es den Piraten. Deren Zukunft ist nach einem Europawahlergebnis von unter zwei Prozent und einer schwachen kommunalpolitischen Vertretung sehr ungewiss.

Höchst problematisch ist es dagegen, dass die AfD in Göttingen mit 4% wie bei der Europa- und Bundestagswahl bei einer Kommunalwahl mit zwei Sitzen in Fraktionsstärke im Stadtrat vertreten wäre. Aber wie wird sich die AfD weiterentwickeln? Findet sich in Göttingen überhaupt genügend Personal für eine Kandidatur?



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Bundeskongress in Frankfurt

Der 5. Bundeskongress der VVN-BdA fand vom 30. Mai bis 1. Juni im Haus Galus in Frankfurt am Main statt. (An diesem geschichtsträchtigen Ort hatte von 1963-65 der Auschwitz-Prozess stattgefunden, der ohne den unermühtlichen Einsatz des hessischen Generalstaatsanwalts und Antifaschisten Fritz Bauer damals sicher nicht zustande gekommen wäre.)

Insgesamt 158 Delegierte nahmen am Bundeskongress der VVN-BdA teil. 97 und damit etwa Zweidrittel haben Funktionen innerhalb des Verbandes inne. 68 (44%) der Delegierten sind weiblich und 90 (56%) männlich. Das arithmetische Mittel ihres Mitgliedsbeitrages beträgt 11 EUR pro Monat. Unter den Delegierten gab es Schüler/Studenten/Azubis (7), Berufstätige (59), Erwerbslose (11) und Rentner (58). Jeder dritte Delegierte (55) war zum allerersten mal auf einem Bundeskongress.

Wie der Bericht des Bundessprecherkreises auswies, hat der Verband seit dem letzten Bundeskongress vor drei Jahren fast 700 neue Kameraden dazugewonnen, das sind rund 9% unserer derzeitigen Mitglieder. Gleichzeitig haben wir knapp 1.200 Mitglieder verloren, nur wenige durch Austritt, die meisten durch Tod. Der Mitgliederstand zum Stichtag 31.12.2013 betrug 6.292 Kameraden.

Von 2011 bis 2013 erzielte die VVN-BdA rund 617.200 EUR an Einnahmen, davon knapp 240.000 (ca. 38%) aus den Mitgliedsbeiträgen. Dazu kommen als

weitere größere Einnahmeposten rund 102.000 EUR an Spenden und 44.000 EUR an Erbschaften, 156.700 EUR stammen aus dem Verkauf und den Abos unserer Mitgliedszeitschrift „antifa“. Demgegenüber stehen knapp 644.900 EUR auf der Ausgabenseite, wobei das Gros der Kosten für die laufende Arbeit der Bundesgeschäftsstelle (Personalkosten, Miete, Büromaterial, Porto, Telefon) anfiel. Vertrieb und Herstellung der „antifa“ betragen zusammen rund 148.600 EUR.

Finanziell sieht es somit immer noch unbefriedigend für die VVN-BdA aus. Schon seit vielen Jahren zehrt die Bundesvereinigung von ihren Rücklagen. Im Berichtszeitraum ergab sich eine Differenz von rund 27.700 EUR zwischen Einnahmen und Ausgaben, die erneut durch die Rücklagen aufgefangen werden musste. Die Rücklagen betragen zum 31.12.2013 noch rund 76.500 EUR. Lange lässt sich auf diese Weise sicher nicht mehr haushalten. Perspektivisch stünde dann vermutlich an, entweder die Bundesgeschäftsstelle in ihrer heutigen Form aufzugeben, was aber verbandsintern derzeit nicht mehrheitsfähig wäre, oder die Mitgliederzahlen müssten weiter deutlich steigen oder aber das Spenden- und Erbschaftsvolumen, das derzeit bei rund 50.000 EUR pro Jahr liegt, müsste sich dauerhaft erhöhen. Spätestens beim übernächsten Bundeskongress wird sich der Verband diesen unangenehmen Fragen aktiv stellen müssen.



Neuer Bundessprecherkreis

In großer Einmütigkeit wählte am 1. Juni 2014 der Bundeskongress den neuen Bundessprecherkreis, der als vereinsrechtlicher Vorstand agiert. (Seine Mitglieder gehören außerdem dem Bundesausschuss der Vereinigung an, in den die Landes- und Mitgliedsvereinigungen Vertreter entsenden und der zwischen den Bundeskongressen das höchste politische Organ der Organisation ist.) In den neuen Bundessprecherkreis wurden gewählt: Cornelia Kerth (aus Hamburg, Bundesvorsitzende), Dr. Axel Holz (aus Schwerin, Bundesvorsitzender), Regina Elsner (aus Hoyerswerda, Schatzmeisterin), Dr. Ulrich Schneider (aus Kassel, Bundessprecher, Generalsekretär der FIR), Dr. Regina Girod (aus Berlin, Bundessprecherin, Chefredakteurin der „antifa“), Ulrich Sander (aus Dortmund, Bundessprecher). Mit starkem Beifall und bewegenden Momenten wurde Prof. Heinrich Fink, der langjährige Bundesvorsitzende der VVN-BdA verabschiedet und gleichzeitig zum Ehrevorsitzenden ernannt. Mit Heinrich Fink und Esther Bejarano hat unsere VVN-BdA nun zwei Persönlichkeiten in dieser Ehrenfunktion.

Neue Broschüre:

► 100 Jahre Emil Carlebach

Zum 100. Geburtstag (10. Juli 2014) unseres 2001 verstorbenen VVN-Kameraden Emil Carlebach hat die Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora / Freundeskreis e.V. die Broschüre „Emil Carlebach. Widerstandskämpfer und ehemaliger Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald.“ herausgegeben. Die Autoren Christoph Leclair und Ulrich Schneider

legen uns in der 54-seitigen Broschüre nicht nur eine Biographie des Kommunisten und Antifaschisten Emil Carlebach vor, sondern sie lassen auch Emil Carlebach selbst und ihm nahestehende darin zu Wort kommen (seine Enkelin Lena Carlebach, Peter Gingold).

Die Broschüre kann bei der Lagergemeinschaft per E-Mail unter lag-buch@

muenster.org für 4,00 EUR zzgl. Versandkosten bestellt werden. Als VVN-BdA Kreisvereinigung können wir auch eine (deutlich kostengünstigere) Sammelbestellung übernehmen. Wer Interesse an der Broschüre hat, kann sich daher auch bei mir direkt melden: jan.steyer@web.de

Lesenswerte Internetseiten zu Emil Carlebach:
www.emil-carlebach.de
www.lagergemeinschaft-buchenwald.de

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlungen

Am Dienstag, den 01. Juli und 05. August 2014

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



VNB unser Kooperations-
u. Bildungspartner:
Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Kuba arbeitet enger mit der WHO zusammen

Karibikstaat leitet WHO-Versammlung. Funktionär: „Kuba hat praktisch alle Millenniumsziele erreicht.“ Neue Herausforderungen in Gesundheitspolitik

Genf/Havanna. Erstmals hat Kuba die Weltgesundheitsversammlung (WHA), das Hauptorgan der Weltgesundheitsorganisation (WHO), in Genf geleitet. Die umfangreiche Tagesordnung beinhaltete unter anderem Themen wie die Umsetzung internationaler Gesundheitsrichtlinien, den Zugang zu grundlegender medizinischer Versorgungsstrukturen sowie Strategien zur Bekämpfung von Tuberkulose und Hepatitis.

Ziel seines Landes sei es gewesen, so Kubas Gesundheitsminister Roberto Morales Ojeda, möglichst konsensfähige Resolutionen zu formulieren, die eine hohe Wahrscheinlichkeit haben, in den 194 Mitgliedsstaaten umgesetzt zu werden. Besondere Beachtung in der Debatte fanden chronische Krankheiten, eine der Haupttodesursachen in Kuba. Hierbei verwies Ojeda auf das seit den sechziger Jahren entwickelte Gesundheitssystem, welches eine medizinische Versorgung in allen Landesteilen erlaubt und damit beispielhaft für andere Staaten sei.

Auch in der Debatte um die Herausforderung einer alternden Gesellschaft für das Gesundheitssystem betonte er die Erfolge der Gesundheitspolitik seines Landes. Einer Studie zufolge wird der Anteil der über 60-jährigen im Jahr 2030 in Kuba 30 Prozent betragen. Dies stelle neue Anforderungen an das Gesundheitssystem, denen das Land nun begegnen will.

Gegenüber der staatlichen Tageszeitung Granma, dem Zentralorgan der regierenden Kommunistischen Partei Kubas, betonte er zudem die Möglich-

keiten, die sich durch das kubanische Engagement in der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation ergeben, der lateinamerikanischen Regionalorganisation der WHO. Das medizinische Personal, das Kuba in unterschiedliche Länder entsendet, könne dafür sorgen, dass entsprechende Vorgaben der WHO eingehalten und umgesetzt werden.

Seit 1995 ist Kuba Mitglied der 1948 gegründeten Weltgesundheitsorganisation. Diese versucht durch Impfungen Pandemien einzudämmen. Seit der Ausrottung der Pocken Anfang der achtziger Jahre widmet sich die WHO verstärkt dem Kampf gegen Kinderlähmung. Ge-

meinsam mit der WHO könne Kuba einen entscheidenden Beitrag zur Gesundheitspolitik in der „Gruppe von Polio-Nationen“ leisten, in denen es zuletzt wiederholt zu Ausbrüchen kam, so Ojeda.

Erfolge kubanischer Arbeit konnten bereits Länder Afrikas wie Nigeria, Angola oder Ghana berichten. Dort engagiert sich die kubanische Organisation „Labi-Ofam“ gegen Malaria. Durch diese Arbeit konnte nach Expertenangaben nicht nur die Infektionsrate der durch Moskitos übertragbaren Krankheit reduziert werden, auch Ansteckungsrate mit Denguefieber habe gesenkt werden können.

Der Verantwortliche für internationale Organisationen im Gesundheitsministerium Kubas, Antonio González, betonte gegenüber der Nachrichtenagentur Prensa Latina, dass Kuba „praktisch alle Millenniumsziele der UNO“ erreicht hat. Diese Ziele zur sozialen und gesundheitspolitischen Entwicklung waren auf dem Millenniumsgipfel im Jahr 2000 in New York definiert worden.

Julia Zieger/amerika21.de

▶ Cuban Five: Neuer Job für Fernando

Havanna. Fernando González, ein Mitglied der als »Cuban Five« bekanntgewordenen Aufklärer, ist zum Vizepräsidenten des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft (ICAP) ernannt worden. Die Präsidentin der Einrichtung, Kenia Serrano, erklärte am Wochenende, González habe 1987 ein Studium

an der Hochschule für Internationale Beziehungen des Außenministeriums mit Auszeichnung abgeschlossen und im Anschluß zwei Jahre als Internationalist in Angola gegen die Aggression des südafrikanischen Apartheidregimes gekämpft, so die ICAP-Chefin. 1998 war er in den USA wegen verdeckter Ermittlungen gegen antikubanische Terrororganisationen verhaftet worden und erst im Februar diesen Jahres nach 15 Jahren, fünf Monaten und 15 Tagen US-Haft in seine Heimat zurückgekehrt. Durch seine neue Funktion solle das Engagement für die Freilassung der drei noch in den USA inhaftierten Mitglieder der »Cuban Five« gestärkt werden, erklärte Serrano.



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► 50 Jahre KPD-Verbot – und kein Ende?

Rolf Gössner

Am 17. August 1956, also vor 50 Jahren, verbot das Bundesverfassungsgericht die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und löste sie auf. Das war der schwärzeste Tag in der westdeutschen Kommunistenverfolgung der fünfziger und sechziger Jahre. Die Staatsanwaltschaft führte in der Zeit von 1951 bis 1968 Ermittlungsverfahren gegen 150.000 bis 200.000 Personen, die kommunistischer oder prokommunistischer Aktivitäten verdächtigt wurden; etwa 10.000 von ihnen wurden verurteilt. Das KPD-Verbot erwies sich als ein Mittel gesellschaftlicher Repression, die weit über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinauswirkte. Die Kommunistenverfolgung jener beiden Jahrzehnte betraf direkt oder indirekt mehr als 500.000 Menschen. Sie fand ihre Fortsetzung in den siebziger und achtziger Jahren in der Politik der Berufsverbote und ausufernden Anti-Terror-Maßnahmen.

Manche Zeitgenossen glauben, das Verbot der KPD habe sich spätestens nach Ende des Kalten Kriegs erledigt, habe also keine aktuelle Bedeutung mehr. Aber auch wenn das Urteil eine höchst problematische, politisch motivierte Entscheidung war, die historisch längst überholt ist, muß dieser Auffassung doch aus mehreren Gründen widersprochen werden. Zum einen hat das Parteiverbot mitsamt seiner Vorgeschichte und seinen fatalen Auswirkungen die Bundesrepublik als sogenannte wehrhafte Demokratie stark geprägt – woran sie heute noch krankt. Zum zweiten sind die vom Verbot und von den damit legitimierten Staatsschutzprozessen betroffenen Kommunisten und ihre Bündnispartner bis heute nicht rehabilitiert worden, obwohl die damaligen Ermittlungen und die zum Teil von Altnazis geführten Prozesse mit rechtsstaatlichen Prinzipien kaum zu vereinbaren waren. Und nicht zuletzt schwebt das Verbot als Damoklesschwert auch heute noch über linken Parteien

– und könnte je nach politischer Opportunität wieder aktiviert werden.

Erst zweimal in der bundesdeutschen Geschichte sind Parteiverbotsverfahren mit Erfolg durchgeführt worden: Das Bundesverfassungsgericht hatte vier Jahre vor der KPD bereits die nazistische »Sozialistische Reichspartei« (SRP) verboten, die als Nachfolgepartei der NSDAP eingestuft worden war. Dieses Verbot hatte in Deutschland eine historisch begründete Legitimität. Die Regierung Adenauer hatte die beiden Verbotsanträge 1951 gleichzeitig eingereicht. Auf Zeitgenossen wirkte das wie der krampfhafteste Versuch, die politische Symmetrie zu wahren – denn der eigentliche Feind wurde in der antikommunistisch geprägten Bundesrepublik generell links verortet, ehemalige Nazis hingegen waren frühzeitig in Staat und Gesellschaft integriert worden. Und so konzentrierte sich die »wehrhafte Demokratie« – trotz ursprünglicher antinazistischer Zielrichtung – vornehmlich auf die Bekämpfung von Kommunisten, Antifaschisten und anderen linken Kräften.

Mit einem Parteiverbot – übrigens ein Unikum in Europa – wird die Freiheit des politischen Kampfes um die Willensbildung in der Bevölkerung unter ein Ausnahmerecht gestellt, das einer freiheitlich demokratischen Grundordnung gründlich widerspricht. Nach dem Urteil können Polizei, Verwaltung und Gerichte gegen die Partei unmittelbar einschreiten und eine Weiterbetätigung ihrer Funktionäre und Mitglieder in der Partei oder in einer »Ersatzorganisation« unterbinden. Als Ersatzorganisation gilt nach der Rechtsprechung »ein Personenzusammenschluß, der an Stelle der aufgelösten Partei deren verfassungsfeindliche Nah-, Teil- oder Endziele ganz oder teilweise, kürzere oder längere Zeit, örtlich oder überörtlich, offen oder verhüllt weiterverfolgt oder weiterverfolgen will«.

Das KPD-Verbot rechtfertigte die damalige Politische Justiz gegen Kommunisten, deren Bündnispartner und (vermeintliche) Gesinnungsfreunde und

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 08. Juli, 20.00 Uhr: **Grillen in Gunnars Garten**

Grillgut bringt jede/r mit, Getränke sind vor Ort

Dienstag, 22. Juli, 20.00 Uhr

Themen: Lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Dienstag, 06. August, 20.00 Uhr

Thema: Die Arbeiterklasse:
Von Marx – Engels' Zeiten bis heute?

Dienstag, 19. August, 20.00 Uhr

Thema: 58 Jahre KPD-Verbot – Welches sind die wichtigen Fragen für heute?

sicherte ihre Fortsetzung höchsttrichterlich ab. Mit Hilfe des KPD-Verbots und der Politischen Justiz wurden sämtliche kommunistischen Massen- und Bündnisorganisationen zerrieben, die Kommunisten und ihre Bündnispartner verloren die organisatorische Grundlage ihrer politischen Arbeit und wurden aus dem öffentlichen Willensbildungsprozess weitgehend ausgeschaltet.

Sind diese repressiven Auswirkungen des Parteiverbots nach 50 Jahren immer noch aktuell?

Folgen wir dem Urteilstext, so wird darin die Wirksamkeit des Verbots »nur für den vom Grundgesetz zeitlich und sachlich beherrschten Raum« festgestellt; eine Aufhebung des Verbots erwogen die Richter für den Fall, daß die »Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands« mit einer gesamtdeutschen Entscheidung über eine neue Verfassung gemäß Art. 146 GG besiegelt werde. Doch die Einheit Deutschlands erfolgte bekanntlich nach Art. 23 S. 2 GG alter Fassung im Wege des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik – ohne die Ablösung des Grundgesetzes durch eine neue, frei zu beschließende Verfassung. Dieses demokratisch nicht legitimierte Verfahren hat zur Folge, dass das Grundgesetz als Verfassung für das gesamte deutsche

(...) weiter auf Seite 12

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags im Deutsch-Türkischen Verein, Jonaplatz 4



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Kommunale Daseinsvorsorge wird weiter „ausgedünnt“!

In Grone-Süd wird immer öfter bemerkt, dass die sozialen Einrichtungen, die hier in der Vergangenheit eine gute Arbeit gemacht haben, fehlen: Nachdem das Projekt Netc@fé bereits vor einigen Jahren geschlossen wurde ist vor einigen Monaten auch das Projekt „Biwaq“ beendet worden. Das waren - jede für sich - Orte und Menschen, die dort arbeiteten, die in Grone-Süd durchaus Anlaufstation für unterschiedlichste Menschen waren, die Fragen hatten. Das

gewissem Sinn Vertrauenspersonen, weil sie vor Ort waren, weil man sie eben einfach mal etwas fragen konnte, ohne vorher einen Termin machen zu müssen oder die Gefahr bestand, umsonst mit dem Bus in die Stadt zu fahren.

Auch im Nachbarschaftszentrum wird deutlich, dass BürgerarbeiterInnen im Umgang mit solchen komplexen Zusammenhängen oftmals einfach überfordert sind. Dabei ist man sich in der Verwaltung

derhaus und der Jugend-Treff sowie – weit weg, in Grone-Nord – der Internationale Bund mit seiner Einrichtung im Greitweg. Eine Verbesserung der Situation ist z.Zt. nicht in Sicht.

Es sollte um eine Verstärkung der sozialen Stadt gehen – so war der wohlklingende Slogan, aber viel ist davon nicht geblieben. Ist es vorstellbar, dass sich die Situation erst 10 Jahre lang wieder verschlechtern muss, damit es einen neuen Sanierungsbedarf gibt? Gehört nicht vielmehr die kommunale Daseinsvorsorge zum „Normalgeschäft“ einer Kommune?

Vor wenigen Wochen gab's eine Stichwahl: Man konnte entweder den Kandidaten wählen, der 100.000 Euro für den Profisport locker macht oder den anderen Kandidaten, der ebenfalls 100.000 Euro für den Profisport locker macht. Ein Kandidat, der kommunale Daseinsvorsorge in Grone auf seinem Programm hatte, war leider nicht dabei!

Quartiersplatz (Jonaplatz) saniert! – Wozu?

Ein hiermit im Zusammenhang stehendes Problem ist der Quartiersplatz in Grone-Süd, der vor einigen Jahren zum Jona-Platz umbenannt wurde: Biwaq ist weg. Das Netc@fé ist schon länger weg. Beide Einrichtungen hatten einen positiven Einfluss auf den Jona-Platz, weil sie diesen mit aktiviert haben und Treffpunkt waren. Nun ist auch der Deutsch-Türkische-Verein wieder weg (oder wird in nächster Zeit weg sein)! Leerstand nun in mehr als 50 % der Ladenfläche am Jona-Platz (ohne REWE).

Leerstand ist häufig nur das Einstiegsproblem, da die normale „soziale Kontrolle“ durch die dort Arbeitenden und die BesucherInnen entfällt. Gleichzeitig ist immer wieder zu lesen, dass die Sparkasse Göttingen in der Kasseler Landstraße, Ecke Gotteslager bauen wird. Dafür entfallen dann die Filialen in der Harzstraße sowie in der St. Heinrich Straße: Weiterer zu erwartenden Leerstand nachdem die Projekt-Bäckerei in der Harzstr. ebenfalls vor zwei Monaten in Richtung Innenstadt ziehen musste, da dort die Miete nicht heringewirtschaftet werden konnte.

Mit großer Sorge sehen die BewohnerInnen die jetzige Entwicklung, die ja nicht an diesem Punkt stehen bleiben wird (s. Pläne der Sparkasse). (hefa/gusi)



Das Netcafé - über 5 Jahre lang Anlaufstelle für Jung, aber auch Alt

waren Einrichtungen, die zwar nicht alle Fragen selbst beantworten konnten, die aber wussten, wo es im Dschungel der Sozial- oder Arbeitsverwaltung weitergeht. Die dort arbeitenden Personen waren in

durchaus über den Bedarf eines breitgestreuten, niedrigschwelligen Beratungsangebotes bewusst.

Heute existieren in Grone – neben dem Nachbarschaftszentrum – noch das Kin-

TOUCH

Toleranz und Chance

Das Touch-Projekt, eines der vielen, wenn auch nicht nachhaltigen Projekte im Stadtteil, das ebenfalls Anlaufstelle für BürgerInnen war

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Für Montag, den **28. Juli, 19 Uhr** ist eine Kreismitgliederversammlung avisiert. Es soll u.a. um Anträge zur weiteren Arbeit des KV sowie die Zusammensetzung des KSR gehen. Hierzu soll eine gesonderte Einladung mit Tagesordnung an alle Mitglieder des Kreisverbands Göttingen ergehen.

Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Montag, 7. Juli, 19 Uhr im Roten Zentrum

OV Hann. Münden

Termine bitte bei Kirsten und Olaf Klein erfragen (vgl. Adressenspalte).

OV Dransfeld

Donnerstag, 24. Juli, 18 Uhr bei Uli Maschke, Tulpenweg 2a, Dransfeld

OV Rosdorf

Termine bitte bei Azad Onal erfragen, Tel. 0172-5661546

OV Bovenden

Termin bei Oliver Preuß erfragen

Treffen der Linksjugend solid

Jeder Mittwoch ab 18 Uhr im Roten Zentrum

Arbeitskreise:

Termine und Informationen bei den jeweiligen Ansprechpartnern der Arbeitskreise. (vgl. Adressenspalte).

Treffen und Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds. / Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Kommunalpolitischer Kongress: Rekommunalisierung der Energieversorgung

verschoben auf Samstag, 13. 09., 11.00 bis 17.00 Uhr
Veranstaltungsort noch offen

Vor dem Hintergrund der Umwandlung der EON Mitte in die zwar immer noch privatkapitalistisch organisierte, aber ausschließlich im Eigentum verschiedener Kommunen befindlichen EAM, soll diese Umwandlung hinterfragt und erörtert werden wie eine ideale Rekommunalisierung aus der Sicht der LINKEN ablaufen kann.

Veranstalter: LINKES Kommunalpolitisches Forum Nds. und Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds.

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Donnerstag, 14.30 bis 16.30 Uhr, Rotes Zentrum
(Keine Sprechstunde in den Ferien)

Newsgroup:

Anmeldung unter:
webmaster@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
E-Mail: hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546
rosdorf@die-linke-goettingen.de

OV Adelebsen/Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
E-Mail: adelebsen@die-linke-goettingen.de
oder bovenden@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
E-Mail: dransfeld@dielinke-goettingen.de

Arbeitsgruppen:

AG Sozialpolitik: Patrick Humke,
Tel. 05 51-5 31 15 63,
patrick.humke@dielinke-goettingen.de

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457
Festnetz: 0551-40137061
eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@die-linke-goettingen.de

AG Netzpolitik

ag-netzpolitik@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

Editorial Die außerordentliche Ratssitzung im Juni war rekordverdächtig kurz. Die Abstimmung dreier Tagesordnungspunkte dauerte ca. drei Minuten. Interessanter hingegen sind die geplanten Maßnahmen der Verwaltung zur Unterbringung von Flüchtlingen in Stadt und Landkreis.

Fraktion Göttinger Linke
Neues Rathaus, Zi. 196
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
tel 05 51-4 00 24 99
fax 05 51-4 00 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de
www.die-linke-goettingen.de

Ratssitzung am 16.06.2014

Auf der Tagesordnung stand eine Änderung des Flächennutzungsplanes ‚Salinenweg‘ sowie ergänzende Erläuterungen für das Kommunales Einzelhandelskonzept der Stadt Göttingen. Beide Tagesordnungspunkte waren unter den Ratsmitgliedern unstrittig, es gab keine Debatten und beiden Verwaltungsvorlagen wurde einstimmig zugestimmt. Notwendig waren die Änderung und die ergänzenden Erläuterungen um den Weg frei zu machen für einen EDEKA-Markt sowie einen Biomarkt und eine Drogerie auf dem ehemaligen Herkulesgelände an der Kasseler Landstraße. Hintergrund ist das Ziel die dortige ‚Gewerbebrache‘ wieder zu beleben. Dabei wurden die Verkaufsflächen (Herkules hatte seinerzeit Flächen von über 10.000 m² für den Verkauf) deutlich reduziert. So beschränkt sich EDEKA auf 5.000 m². Für den BIO-Supermarkt und die Drogerie stehen weitere 1500 m² zur Verfügung. Nach einhelliger Meinung steht diese Wiederbelebung des Standorts nicht im Widerspruch zum städtischen Einzelhandelskonzept, sondern ist als sinnvolle Ergänzung zu verstehen.

Ebenso unumstritten war die Benennung des Quartiersplatzes im Stadterneuerungsgebiet Westlich Maschmühlenweg in "Weststadtplatz". Nach einer mit der Verwaltung abgestimmten Vorauswahl von fünf Namensvorschlägen hat das Sanierungsmanagement einen Namenswettbewerb in der Bürgerschaft des Stadtteils initiiert und die teilnehmenden BürgerInnen des Stadtteils entschieden sich mehrheitlich für ‚Weststadtplatz‘. Allerdings beteiligten sich hierbei nur etwa 150 Bürgerinnen und Bürger an diesem Namenswettbewerb. Für uns LINKE bedeutet dies, dass gerade in Bezug auf Bürgerbeteiligung noch großer Nachholbedarf besteht.

In diesem Zusammenhang wurde im Vorfeld kritisiert, dass der ‚Unterausschuss Weststadt‘, in dem Vertreter der Ratsfraktionen, von Vereinen und Verbänden und Bürgerinnen und Bürger aus der Weststadt Mitglied sind, nicht ausreichend beteiligt wurde. Es wurde gefordert, dass dieser Ausschuss künftig deutlich mehr als zweimal im Jahr (2013) tagen sollte. Die Verwaltung sagte zu, dass hier die Anzahl der Termine spürbar erhöht werde.

Patrick Humke – selbst Mitglied des Unterausschusses – teilt diese Kritik! „In seiner bisherigen Arbeit, gerade vor 2013, war der Ausschuss einer der Garanten für die Organisation und aktiven Begleitung der Bürgerbeteiligung in der Weststadt. Wir brauchen ein Mehr an direkter Demokratie und keinen schleichenden Ausstieg, wie es in der letzten Zeit zu sein schien“, so Humke.

Unterbringung von Flüchtlingen durch die Stadt Göttingen – ein Dauerthema

Die Unterbringung von Flüchtlingen hat sich zu einem Dauerthema entwickelt und wird uns auch in den nächsten Jahren weiter beschäftigen. Nach der Beschlussfassung der Konzeption für die Unterbringung von Flüchtlingen (mit unserer Zustimmung und unter Beteiligung von Verbänden, Organisationen und Flüchtlingsinitiativen), darf nicht der Fehler gemacht werden, das Thema aus den Augen zu verlieren. Wir LINKE sind der Auffassung, dass dieses Konzept gut und daher unterstützenswert ist – doch Papier ist geduldig und Konzepte wollen umgesetzt werden.

Auf der kommunalpolitischen Ebene muss hier genau hingeschaut werden, denn wir sollten zum einen nicht vergessen, dass sich die Fraktionen von CDU/FDP, SPD und Grünen mit dem sog. ‚Zukunftsvertrag‘ ein derart enges finanzielles Korsett gegeben haben, dass aus LINKER Sicht die Umsetzung des Unterbringungskonzepts spätestens dann auf den Prüfstand gestellt wird, wenn die derzeit guten Steuereinnahmen einmal zusammenbrechen sollten.

Zu diesem Zeitpunkt lässt sich sagen, dass die Verwaltung der Stadt Göttingen sehr um Transparenz innerhalb der Ratsfraktionen bemüht ist und sie Entwicklungen zum Beispiel bei möglichen Anmietungen für die dezentrale Unterbringung zeitnah informiert und die entsprechenden Pläne in einem allerdings nichtöffentlichen Verfahren den Ratsfraktion zur Diskussion stellt.

Hinweisen möchten wir an dieser Stelle, dass bereits zu diesem Zeitpunkt die Unterbringung von Flüchtlingen in städtischen Wohnungen an die Grenzen kommt und auch in Kooperation mit dem Landkreis Göttingen in anderen Orten geschaut werde. Für uns LINKE sind dabei die Faktoren Anbindung an den ÖPNV, an die Nahversorgung, zu Innenstadtbereichen oder die Zusicherung, dass für jeden Flüchtling (wie von Flüchtlingsorganisationen in Göttingen gefordert) knapp 10 m² pro Person zur Verfügung stehen (die Grünen forderten hier nur 7 m²) und eine professionelle Betreuung entscheidende Kriterien für diese Unterbringung.

► Zur Situation der Göttinger Linke nach der Mitgliederversammlung am 26. Mai 2014

Der SprecherInnenkreis der Göttinger Linke hat auf seiner Sitzung am 10. Juni die Situation nach der Mitgliederversammlung v. 26. Mai analysiert:

- Gerd Nier hat nochmals bekräftigt, dass er als Rats Herr der Stadt Göttingen zurücktreten wird.
- Rolf Ralle hat deutlich gemacht, dass er seine Mitarbeit im Rahmen der Kommunalpolitik der Fraktion ebenfalls einstellen wird.
- Beide haben dieses mit menschlichen Zerwürfnissen mit Patrick Humke begründet.
- Patrick Humke erklärt öffentlich, dass er von solchen Dingen nichts wisse.
- Den SprecherInnenkreis erreichen immer mehr Kommentare von Mitgliedern und FreundInnen, dass sie den Rückzug von Gerd Nier zutiefst bedauern.
- Den SprecherInnenkreis erreichten auch zwei Austritte aus der WählerInnengemeinschaft, die dieses mit dem Verhalten von Patrick Humke begründet haben.

Der SprecherInnenkreis hat den beabsichtigten Rücktritt von Gerd Nier noch einmal außerordentlich bedauert, hat aber auch Verständnis für seine Beweggründe geäußert.

Er stellt fest, dass es zwei verschiedene Ebenen gibt, die bedacht werden müssen und auf denen gehandelt werden muss:

- a) Die Ebene der politischen Willensbildung: In bester demokratischer Tradition können (und müssen) die Mitglieder sagen können, was sie politisch, aber auch personell wollen:
- b) Die gesetzliche Ebene: Diese sagt aus, dass der/die einzelne Rats Herr/-frau dem/der WählerIn verpflichtet ist; sie kennt kein politisches Mandat.

Das bedeutet, dass sich – unabhängig vom politischen Willen der WählerInnen-gemeinschaft – ein Ratsmitglied nicht darum scheren muss, ob es für die Mitglieder noch tragbar ist. Das bedeutet auch, dass sich die Göttinger Linke nicht „aussuchen“ kann, wer Nachrücker für Gerd Nier sein soll; es geht hier nach einem gesetzlich festgelegten Schema: Auf der Liste des Wahlbereiches 5 (Innenstadt) folgen 11 weitere KandidatInnen, die in der Reihenfolge ihrer Nominierung für eine Nachfolge in Frage kommen; dabei ist eine Kandidatin verzogen und ein Kandidat verstorben.

Mit jedem/jeder einzelnen der verbleibenden 9 potentiellen NachrückerInnen führen die Mitglieder des SprecherInnenkreises z. Zt. des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe ein intensives Gespräch, ob sie sich in der Lage sehen und zutrauen, die Nachfolge von Gerd Nier anzutreten. Es geht in diesen Gesprächen auch um die Frage, ob sie sich einem Votum der Mitgliederversammlung stellen wollen und ob sie sich an die einstimmige Willensbekundung aller KandidatInnen bei der Aufstellung der Listen, mind. 2/3 ihrer Aufwandsentschädigung an die WählerInnengemeinschaft zu spenden, halten werden (bei Menschen ohne eigenes Einkommen 1/3).

Bei der letzten Frage muss aber heute gesehen werden, dass die Aufwandsentschädigung bei Hartz IV-EmpfängerInnen auf deren Zahlungen angerechnet werden, was eine Umsetzung der genannten Willensbekundung nicht oder nicht komplett möglich macht. Dies wiederum hat Auswirkungen sowohl auf die Mitfinanzierung des Roten Zentrums als auch der politischen Arbeit und der Finanzierung des nächsten Kommunalwahlkampfes.

In der zweiten Augushälfte sollen, so der SprecherInnenkreis, die Ergebnisse der Gespräche auf einer Mitgliederversamm-

Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft GöLinke

Rotes Zentrum,
 Lange Geismarstraße 2
 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
 E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Peter Strathmann, Brunhilde Schöne,
 Thomas Bahrs, Doreen Wohlrab,
 Helmut Nebel, Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen
 Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon 05 51-4 00 24 99
 Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohlrab

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
 Mittwoch, 13-16.30 Uhr
 Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
 Patrick Humke
 Civar Akad

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Der kommunalpolitische Arbeitskreis macht Sommerpause. Der nächste Termin wird im September stattfinden. Ihr findet die Ankündigung in der nächsten Ausgabe der Göttinger Blätter.

lung bekannt gemacht werden, damit sich die Mitgliederversammlung eine politische Meinung zu den genannten Fragen bilden kann. Eine Einladung werden alle Mitglieder der WählerInnengemeinschaft entsprechend der Satzung bekommen.

Göttingen, 12.6.2014

Für Fußballfreunde:



Presseerklärung vom 26. Mai

► DIE LINKE Niedersachsen zur Europa- und Direktwahl

DIE LINKE Niedersachsen gratuliert Sabine Lösing zum Wiedereinzug in das Europaparlament und freut sich über gute Ergebnisse bei den Direktwahlen.

„Wir freuen uns, dass Niedersachsen auch in den nächsten fünf Jahren durch eine LINKE Abgeordnete in Europa vertreten wird“, kommentierte Landesgeschäftsführerin Maren Kaminski am Montag den Wiedereinzug der Göttinger Europaabgeordneten Sabine Lösing. „Damit wurde auch die friedenspolitische Arbeit von Sabine Lösing im Europaparlament honoriert. Wir bedanken uns bei allen Wählerinnen und Wählern und insbesondere bei allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern, die in den letzten zwei Monaten dieses Ergebnis möglich gemacht haben.“ Insgesamt wird die europäische Linke künftig deutlich stärker im europäischen Parlament vertreten sein als bisher. Nach ersten Prognosen am Wahlabend wird die Fraktion der Vereinten Europäischen Linken künftig mit mindestens zehn Abgeordneten mehr vertreten sein.

In Niedersachsen erreichte DIE LINKE bei deutlich gesteigerter Wahlbeteiligung erneut 4,0 Prozent, wie auch bei der Europawahl 2009. „Vor dem Hintergrund der Krise in der Ukraine und der öffentlichen Diskussion über das Freihandelsabkommen hatten sich viele natürlich ein noch besseres Ergebnis erhofft“, so Kaminski. „Insbesondere das Abschneiden rechtspopulistischer und offen rechtsradikaler Parteien in Deutschland aber

auch in den anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union betrachten wir mit großer Sorge. Hier muss von unserer Seite noch mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden.“

Die guten Ergebnisse bei den kommunalen Direktwahlen machen aber deutlich, dass es mit der LINKEN in Niedersachsen in den kommenden Jahren weiter bergauf gehen kann. „Auf diese Ergebnisse können wir aufbauen“, erklärte Kaminski. Ihre besten Ergebnisse erreichte DIE LINKE am gestrigen Wahlsonntag bei den Direktwahlen in der Samtgemeinde Artland mit 10,2 Prozent und im Landkreis Lüneburg mit 9,9 Prozent. In der Landeshauptstadt Hannover erzielte die Partei bei der Wahl zum Regionspräsidenten mit 8,5 Prozent ebenfalls ein sehr gutes Ergebnis.

Dokumentation der einzelnen Direktwahlergebnisse

Gebiet	LINKER Bewerber	Anteil	Weitere Bewerber
SG Artland/ Lkr. Osnabrück	Andreas Maurer	10,2%	CDU, SPD, Grüne
Region Hannover	Michael Fleischmann	6,1%	CDU, SPD, FDP, AfD, Einzelb.
Hemmingen	Dirk Machentanz	2,6%	SPD, Einzelbew.
Laatzen	Peter Siemens	5,0%	CDU, SPD, Grüne
Pattensen	Ralf Wetzel	2,1%	CDU, SPD, WG
Braunschweig	Udo Sommerfeld	3,7%	CDU, SPD, Grüne, Piraten, WG
Stadt Göttingen	Eckhard Fascher	6,4%	CDU, SPD, Grüne, Piraten
Hann. Münden	Anne Freimuth	6,1%	CDU-WG, SPD
SG. Dransfeld/ Lkr. Göttingen	Sissi Spiegler	5,6%	CDU, SPD
Lkr. Lüneburg	Jörg Venderbosch	9,9%	CDU, SPD
Stadt Lüneburg	Michael Pauly	7,3%	CDU, SPD, Grüne

Katja Kipping und Bernd Riexinger:

► Erklärung der Parteivorsitzenden

vom 12. 6.2014

Am gestrigen Tag veröffentlichte die Online-Ausgabe einer Zeitung ein Papier, das unter dem Titel „Katja, die Grobe“ zuvor bereits Gegenstand der Berichterstattung eines Nachrichtenmagazins war. Dazu erklären die Vorsitzenden der LINKEN, Bernd Riexinger und Katja Kipping:

Wir haben solch ein Papier nicht in Auftrag gegeben. Es war nicht Gegenstand unseres Handelns. Wir hätten uns gewünscht, dass diejenigen, die dieses Papier offensichtlich an die Presse gegeben haben, vorher direkt zu uns gekommen

wären, dann hätten wir entsprechend intern reagieren und mögliche Verantwortliche zur Rede stellen können. Die Veröffentlichung des Papiers mit Klarnamen ist zudem für die darin Genannten, insbesondere für offensichtlich ungefragt erwähnte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine sehr unangenehme Angelegenheit und verstößt gegen deren Persönlichkeitsrechte.

Die Vorgänge der vergangenen Tage haben dem Ansehen des Parteivorstands und der gesamten Bundesgeschäftsstelle geschadet. Die Existenz unabgestimmter

und nicht autorisierter Papiere, die dem Büro der Vorsitzenden zugeordnet und in denen personelle Fragen in einer für den Umgang in unserer Partei in Form und Inhalt völlig inakzeptablen Weise besprochen werden, ist ein Vorgang, der uns zum Handeln zwingt. Wir wollen aufklären und zudem vermeiden, dass sich so etwas wiederholt. Wir haben darum den Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn gebeten, im Sinne einer Aufarbeitung aktiv zu werden, die Vorgänge intern zu prüfen und ggf. entsprechende Maßnahmen vorzuschlagen.

Wir werden in der nächsten Sitzungswoche alle im Papier Erwähnten zu einer gemeinsamen Beratung einladen, um miteinander darüber in einen Dialog zu treten, was zu tun ist, damit die zukünftige Zusammenarbeit wieder auf eine vertrauensvolle Basis gestellt werden kann.

DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 15 - Mai 2014

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Bei der Kreistagssitzung im Mai gab es kaum umstrittene Punkte. Akzente setzen konnte aber DIE LINKE durch einen Resolutionsantrag zum Sozialen Wohnungsbau, der in Zukunft wohl stärker die Agenda prägen wird als in den letzten Jahren.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 5 – Ausreichenden Sozialen Wohnungsbau ermöglichen

In der von der Fraktion DIE LINKE beantragten Resolution werden Bund und Länder aufgefordert, einen ausreichenden Sozialen Wohnungsbau sicherzustellen. Bei einer Wiederaufnahme des Sozialen Wohnungsbaus soll für den Landkreis Göttingen der Bedarf ermittelt werden und diesem entsprechend eine Planung für den Neubau von Sozialwohnungen erfolgen.

Eckhard Fascher wies in seiner Rede darauf hin, dass es in Göttingen seit 16 Jahren keinen Sozialen Wohnungsbau mehr gebe, obwohl es zuvor in dieser Frage einen jahrzehntelangen Konsens gegeben habe. Bezahlbarer und menschenwürdiger Wohnraum stelle für uns ein grundsätzliches Menschenrecht dar, weshalb es aus unserer Sicht auch eine der vornehmlichen Aufgaben der Kommune sei, Vorsorge und Fürsorge für alle Bürgerinnen und Bürger auf diesem Gebiet zu betreiben. Inzwischen sei der Landkreis Göttingen überproportional von Wohnungsmangel betroffen, was von Seiten der CDU jedoch angezweifelt wurde. Dennoch waren sich alle Fraktionen einig, dass der Wohnungsbau unter Marktbedingungen kein ausreichendes Angebot im unteren Preissegment schaffen könne.

Für die Grünen machte D. Linne sogleich einige konkrete Vorschläge, die auch die Forderung beinhaltete, für einen Preis von 5 € pro m² Wohnungen mit einem vertretbaren Standard zur Verfügung zu stellen.

→ in den Fachausschuss überwiesen

TOP 12 Beirat für Integration und Migration

Dieser neu geschaffene Beirat besteht aus dem Integrationsbeauftragten Isa Sandiraz, zehn von der Verwaltung vorgeschlagenen Migranten, darunter unser Rosdorfer Ratsherr Azad Onal und jeweils einen Vertreter der sieben Kreistagsparteien. Für DIE LINKE wird Christoph Grzegorzek diese Aufgabe wahrnehmen.

TOP 18 Zukunftskonzept Berufsschulen

Zu begrüßen ist die Verabschiedung eines Zukunftskonzepts für die Berufsbildenden Schulen in einem fusionierten Landkreis Göttingen. Ziel ist die „Sicherung eines qualitativ hochwertigen Angebotes der beruflichen Bildung unter besonderer Beachtung demografischer und sonstiger struktureller Entwicklungen.“ Alle Standorte bleiben erhalten. Der Sicherung des BBS-Standortes Duderstadt wird Dringlichkeit beigemessen.

TOP 9 Mehr Kreistagsabgeordnete

Der fusionierte Landkreis hätte lediglich zwei Abgeordnete mehr gehabt als der alte Kreis Göttingen, so dass jetzt von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, die Zahl der neuen Kreistagsabgeordneten um 6 auf 72 zu erhöhen.

TOP 21 Hartz IV

Der von der LINKEN eingebrachte Antrag, die Berechnung der Leistungen gem. § 41 SGB II nur noch jährlich beantragen zu müssen, konnte zurückgezogen werden. Die beantragte Regelung wird im nächsten Jahr ohnehin in ganz Deutschland eingeführt, womit sich die Aufrechterhaltung des Antrages nicht mehr gelohnt hätte.

Stichwort: Sozialer Wohnungsbau

Recht auf Wohnen muss Grundrecht werden!

Anlässlich der wohnungspolitischen Konferenz der LINKEN, die im Dezember 2012 in Göttingen unter dem Motto *"Damit Wohnen bezahlbar bleibt, Mieten deckeln, sozialer Wohnungsbau jetzt!"* stattfand, wurde folgende Erklärung abgegeben:

Zur gesellschaftlichen Realität in Deutschland gehören inzwischen besonders in Groß- und Universitätsstädten sowie Ballungszentren Mietpreis-Explosionen, Notstand an bezahlbarem Wohnraum und in Folge dessen eine wachsende Zahl von wohnungs- und obdachlosen Menschen. Die Bundesregierung weigert sich dieses Problem überhaupt zu Kenntnis zu nehmen.

DIE LINKE wendet sich entschieden gegen die Auswirkungen des jüngst verabschiedeten Mietrechtsänderungsgesetz, die Wohnungsräumungen und die Einführung neuer Kündigungsgründe durch Vermieter erleichtern. DIE LINKE fordert eine grundlegende Neuausrichtung der Wohnungspolitik. Diese darf nicht länger dem Diktat des Marktes unterworfen werden. Jeder Mensch muss das Recht auf bezahlbaren und angemessenen Wohnraum haben. Deshalb gehört das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz.

Um den akuten Wohnungsnotstand von rund 250.000 fehlenden Wohnungen in Deutschland zu beheben, fordert DIE LINKE in allen Bundesländern den sozialen Wohnungsbau zu forcieren. Zur Sicherung von kommunalen Wohnungsbeständen müssen Verkäufe an renditeorientierte Unternehmen verboten werden. Zudem sieht DIE LINKE sofortigen Handlungsbedarf darin, die horrenden Steigerungen bei Neuvermietung zu verhindern.

► Europawahl im Kreis Göttingen

Die Europawahl ist gelaufen. Zufrieden sein können die LINKEN mit ihrem Ergebnis nicht, wenn auch ein nahezu gleicher prozentualer Anteil eine Steigerung der Wählerstimmen um rund 200.000 auf jetzt 2,17 Mio. bedeutet. Auch herrschte 2009 eine insgesamt bessere Stimmung für DIE LINKE, die zwischen 2007 und 2010 in etliche westdeutsche Landesparlamente eingezogen war.

(Einschätzung des Landesverbandes vgl. S. 9)

Lokale Ergebnisse für DIE LINKE im Raum Göttingen in Prozent

Ort	BM 14	Europa 14	Europa 09	Bund 13	Bund 05	Land 13	Kreis 11	Rat 11
Bund		7,4	7,5	8,6	8,7			
Niedersachsen		4,0	4,0	5,0	4,3	3,1	2,4	
GÖ-OHA		5,1	4,7	6,2	5,0	3,8	3,4	
Kreis GÖ		5,5	5,0	6,4	5,2	4,0	3,7	
Göttingen	6,4	7,7	6,5	8,4	6,2	5,6	6,1	6,2
Bovenden		3,8	3,8	5,1	4,7	3,3	2,5	
Dransfeld	5,5	4,3	3,8	4,8	4,5	2,7	2,8	2,3
Duderstadt		2,0	2,6	3,5	3,4	1,8	1,3	
Hann. Münden	6,1	4,3	4,5	5,6	5,1	3,3	2,6	2,3
Rosdorf		4,0	4,3	5,8	4,5	3,5	3,7	3,4

Wegen besserer Vergleichbarkeit wurde bei der Bundestagswahl die Wahl 2005 herangezogen. Die Ergebnisse auf Bundesebene sind da fast identisch, während sie 2009 in der Hochphase mit 11,9% deutlich darüber lagen.

Für die Stadt Göttingen dagegen ist das Ergebnis erfreulich. Die Ergebnisse entwickeln sich deutlich positiver als im Bundes- oder Landestrend. So liegt das Ergebnis jetzt um 0,3% höher als im gesamtdeutschen Durchschnitt. Vor fünf Jahren war das Ergebnis noch ein Prozent darunter. Ein ähnlicher Trend konnte bereits bei der Bundestagswahl beobachtet werden. Für den Landkreis sieht dies nicht ganz so positiv aus, da die Steigerung auf Kreisebene fast ausschließlich auf die Stadt zurückzuführen ist. Betrachtet man einzelne Landkreismunicipalitäten fällt auf, dass außerhalb der Stadt Göttingen die Ergebnisse entweder in etwa gleich bleiben oder sogar abnehmen. In Orten ohne Aktivitäten wie Duderstadt zeigen sich bei der Europawahl sogar deutliche Verluste.

Für die Kreisebene betrachtet kann aber DIE LINKE zuversichtlich in die Zukunft sehen. Ein Kreistags-Wahlergebnis von über fünf Prozent im fusionierten

Landkreis würde auch einen deutlichen Zuwachs an Mandaten bedeuten.

Insgesamt gesehen bedeutet diese Wahl einen Erfolg für den Kreisverband. Obwohl sicherlich der Wahlkampf reibungsloser gewesen wäre, wenn das Wahlkampfteam sich auf den Wahlkampf hätte konzentrieren können.

Altkreis Münden

Neben der Stadt Göttingen gab es LINKE Bürgermeisterinnen-Kandidaturen in der Samtgemeinde Dransfeld und Hann. Münden. Sissi Spiegler und Anne Freimuth konnten die Ergebnisse der Europawahl jeweils übertreffen bei Nichtkandidatur der Grünen, von deren Wählerinnen wohl einige überzeugt werden konnten.

In Dransfeld gelang auch eine spürbare Steigerung des Europawahlergebnisses auf jetzt 4,3%. Gewonnen hatte gleich im ersten Wahlgang der von

Grünen und Freien Wählern unterstützte SPD-Kandidat Mathias Eilers.

In Münden setzte sich nach dem Achtungserfolg von Anne Freimuth überraschend deutlich der von der CDU unterstützte Bürgerforums-Vorsitzende Harald Wegener gegen den im ersten Wahlgang noch führenden SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzenden Jörg Wieland durch. Vorausgegangen war ein Wahlauftritt der LINKEN, Wieland nicht zu wählen. Dies wurde nicht nur mit einer inhaltlichen Kritik an fragwürdigen Projekten wie der Planung eines überflüssigen Gesundheitszentrums oder der unklaren Haltung zu dem Neubau eines Innenstadtgefährdenden Groß-Verbrauchermarktes begründet. So hätte: „... Wieland .. u. a. ganz offensichtlich seine Funktion als Geschäftsführer des gemeinnützigen Bauvereins für seinen Bürgermeisterwahlkampf missbraucht und das gilt gleichermaßen für seine Funktion als Vorsitzender des Tourismusvereins. Des Weiteren hat der Geschäftsführer der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft WWS, Rolf Bilstein, alleine dem Kandidaten Jörg Wieland eine breite Plattform zur Selbstdarstellung geboten...“ Maßgeblich unterstützt wurde die Kandidatur von dem SPD-Landtagsabgeordneten Ronald Schminke, der im Jahre 2010 die Einrichtung einer IGS in Münden heftig torpediert hatte.

Daraufhin wurde Kirsten Klein mit einem unhaltbaren Anwaltschreiben aufgefordert, bestimmte Aussagen nicht zu wiederholen und sollte offensichtlich mundtot gemacht werden.

In Staufenberg hatte sich die ursprünglich mit absoluter Mehrheit im Gemeinderat ausgestattete SPD aufgrund der Bürgermeisterkandidatur gespalten. Der mit Schminkes Rückendeckung gegen den langjährigen Ortsvereinsvorsitzenden Albert Vogeley durchgesetzte offizielle SPD-Kandidat Jörg Hartung bekam zwar mehr Stimmen als Vogeley, unterlag aber in der Stichwahl deutlich gegen den von der CDU unterstützten Bernd Grebenstein. Die SPD-Dissidenten hatten zur Wahl Grebensteins aufgerufen.

Gerade auch aufgrund fragwürdiger Praktiken der Mündener SPD bieten sich im Altkreis Münden günstige Voraussetzungen für DIE LINKE. Dies setzt aber voraus, dass beiden Ortsverbänden der Spielraum zu einer positiven Entwicklung gegeben wird.

► Wo sitzen eigentlich unsere „Oligarchen“?

Sie sitzen noch nicht!

Seit 1997 haben sich die Gehälter der Dax-Bosse fast versiebenfacht. So was ähnliches wie „Oligarchen“ gibt es auch bei uns. Personen, die ein Milliardenvermögen besitzen und damit auch Meinung machen. Wer reich ist, ist einflußreich. Manchmal erwischt es einen, wenn er Steuern hinterzieht. Uli Hoeneß und Alice Schwarzer sind die Ausnahmen, jedoch keine richtig großen Fische.

Die meisten aber nicht.

Milliardäre haben „ihr“ Geld nicht nur geerbt. Da gibt es die, die jedes Jahr ein paar Milliönchen zurücklegen können. (In Russland und der Ukraine haben sie das am Ende der Sowjetunion schneller hingekriegt.)

Aber immerhin: Die beiden Chefs der Deutschen Bank Jürgen Fitschen und Anshu Jain haben im vorigen Jahr jeweils knapp 7,5 Millionen Euro kassiert. Die Bosse von Daimler und Volkswagen, Dieter Zetsche und Martin Winterkorn, viel mehr. Letzterer ist mit 15 Millionen wie schon im Vorjahr einsamer Spitzenreiter. Er hat 400 Mal mehr als ein normaler VW-Arbeiter.

Im Schnitt bezogen Vorstandsvorsitzende der Spitzenklasse 5,2 Millionen Euro brutto. Das sind 100.000 Euro mehr als 2012, davon können „normale“ Angestellte nur träumen. (Wieviel Rentenerhöhung gibt es in diesem Jahr?)

Fakt ist: Deutschlands Reiche werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Das belegt eine Studie mit dem Titel

„Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland“, die am 25. Februar vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) veröffentlicht wurde. Hier heißt es: Das „Nettovermögen je Erwachsenen lag 2012 bei gut 83.000 Euro“ - aber eben nur im Schnitt. Tatsächlich besitzt die Hälfte der Bevölkerung weniger als 17.000 Euro pro Person und mehr als ein Fünftel der Erwachsenen gar kein Vermögen,

Die Anzahl der Millionäre ist laut Informationen der Frankfurter Rundschau in der achtjährigen Regierungszeit von Kanzlerin Merkel um 120.000 auf 892.000 gestiegen. Das Vermögen dieser Millionäre ist in den acht Jahren um 406 Milliarden auf 2,38 Billionen angewachsen. Gleichzeitig ist der Bevölkerungsanteil der von Armut bedrohten Menschen (die Grenze liegt zur Zeit bei einem Einkommen von 869 Euro pro Monat für einen Einpersonenhaushalt) von 14,0 auf 15,2 Prozent gestiegen.

Die realen Nettolöhne der Arbeitnehmer liegen heute im Durchschnitt unter dem Niveau von vor 20 Jahren. Und auch 2013 mussten die Beschäftigten eine Reallohnsenkung um 0,2 Prozent verkraften.

Zum Vergleich: Die Millionäre verfügen über ein Gesamtvermögen in Höhe von rund 2.200 Milliarden Euro (ohne eigengenutzte Immobilien). Das entspricht ziemlich genau der Höhe der Gesamtverschuldung des Bundes, der Länder und der Kommunen (und wir schlagen uns mit den Folgen des „Rettungsschirmes“ herum).

Soll die Umverteilung immer so weitergehen? Besser ist es, für die Umverteilung des Reichtums zu kämpfen. Der Kampf um höhere Löhne wird wichtiger. Und das Nachdenken über diese Wirtschafts„ordnung“. Es geht auch ohne „Oligarchen“ – überall!

Die reichsten Deutschen

Karl Albrecht	25,0 Mrd.
Dieter Schwarz	21,1 Mrd.
Theo Albrecht / Sohn & Familie	19,3 Mrd.
Michael Otto & Familie	18,4 Mrd.
Susanne Klatten (Quandt-Tochter)	17,4 Mrd.
Stefan Quandt	14,9 Mrd.
Georg Schaeffler	14,3 Mrd.
Johanna Quandt	12,8 Mrd.
Klaus-Michael Kuehne	10,4 Mrd.
Hasso Plattner	8,8 Mrd.

7,4 Prozent sind überschuldet. Darunter befinden sich viele Arbeitslose, von denen rund zwei Drittel kein Vermögen haben. „Die sind von der Hartz-IV-Gesetzgebung betroffen“, so einer der Autoren der Studie. 2002 besaßen die Arbeitslosen durchschnittlich noch 30.000 Euro an Vermögen, 2012 waren es nur noch 18.000 Euro, da sie ja nun ihr Vermögen aufbrauchen müssen, bevor sie Arbeitslosengeld II beziehen können.

(...) Fortsetzung „KPD-Verbot“ von Seite 4

Volk weiter gilt wie auch jede auf diese Verfassung gestützte Gerichtsentscheidung.

Damit hat das KPD-Verbot nach herrschender Auffassung unverändert Bestand und Geltung. Das bedeutet gleichzeitig die Ausdehnung des Verbots auf das Gebiet der ehemaligen DDR, wo nun auch Verfolgungsmaßnahmen unter dem Gesichtspunkt des Verstoßes gegen das KPD-Verbot sowie gegen das Verbot, Ersatzparteien zu gründen oder für solche tätig zu sein, eingeleitet werden könnten.

Weil also der Rechtskraft des KPD-Verbots quasi Ewigkeitswert zukommt, muß zur Beendigung dieses anachronistischen Zustands eine parlamentarische Entscheidung angestrebt werden. Der

Bundestag ist gefordert, alle notwendigen Schritte zu tun, um dieses Relikt aus der Eiszeit des Kalten Krieges so schnell wie möglich zu überwinden. Der Weg könnte über eine Novellierung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes gehen, die es ermöglicht, Parteiverbotsurteile zu befristen und aufzuheben.

Schon im Jahre 1969 hatte der damalige FDP-Bundestagsabgeordnete und spätere Außenminister Hans-Dietrich Genscher im Pressedienst seiner Partei – übrigens ebenso wie Willy Brandt – das politische Ziel begrüßt, »der KPD die Möglichkeit der Wiederbetätigung zu verschaffen und damit zugleich die politische Auseinandersetzung mit den Kommunisten in der Bundesrepublik einzuleiten«. Da der Verbotsantrag eine »Ermessens-

entscheidung einer politischen Instanz« sei, müssten Überprüfung und Aufhebung des Verbots »ebenfalls einer Ermessensentscheidung zugänglich sein«.

Zum 50. Jahrestag des KPD-Verbots ist deshalb zu fordern: das KPD-Verbot umstandslos aufzuheben und die Justizopfer des Kalten Krieges in Westdeutschland schnellstens zu rehabilitieren. Nicht allein die Stasi-Geschichte der DDR, auch die westdeutsche Staatsschutz-Geschichte muss aufgearbeitet werden.

Aus der Zeitschrift Ossietzky Nr. 16/2006

Siehe auch: **MV der DKP-Göttingen Dienstag, 19. August 2014, 20.00 Uhr**
Thema: 58 Jahre KPD-Verbot – Welches sind die wichtigen Fragen für heute?
Rotes Zentrum, Lg. Geismarstraße 2